

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsprogramm: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 22. Juni 1988

Blatt 1216

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Ferienspiel: Sonntag Eröffnungsfest am Rathausplatz (1218)
- Auch Wien verfolgt Ziele der Weltgesundheitsorganisation (1219/1220)
- Stadtrat Stacher appelliert: Jetzt zur Zeckenimpfung! (1221)
- Wiener Umweltdiplom für 4A der Volksschule Braunhubergasse (1222)
- Neuer Wien-Werbefilm „Location Vienna“ (1226)
- Gürtel-Ausstellung in Margareten (1226)
- Wiener Gemeinderat (1227ff.)

### Kultur:

- Preise der Stadt Wien überreicht (1217/FS: 21.6.)
- Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten (1223)
- Vivaldis „Gloria“ in der Piaristenkirche (1223)
- Nurejew-Stipendien erstmals vergeben (1225)

### Wirtschaft:

- Zentrum Hernals: Komplette ein „Hit“ (1224)

## Preise der Stadt Wien überreicht

Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus die Preise der Stadt Wien 1988 für Geistes- und Sozialwissenschaften, Natur- und Technische Wissenschaften, Medizinische Wissenschaften, Musik, Literatur und Publizistik, die an Univ.-Prof. Dr. DDDr. h.c. Fritz SCHWIND, Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. DDr. h. c. Fritz PASCHKE, Äztl. Direktor Prim. Univ.-Prof. Dr. Andreas RETT, Prof. Kurt RAPF, Jutta SCHÜTTING und Hermann LANGBEIN gingen. Die mit je 75.000 Schilling dotierten Preise werden für das bisherige Gesamtwerk der Ausgezeichneten vergeben.

Pasterk wies auf die Bedeutung von Kunst und Wissenschaft als Freiraum der Gesellschaft, als Ort für neue Erfahrungen und neues Denken hin. Kultur dürfe nie an einem mittleren Anspruchsniveau gemessen werden, Kulturförderung müsse Mut zum Risiko beweisen, den Eigensinn der Kunst anerkennen.

Univ.-Prof. Dr. Schwind hat vor allem auf den Gebieten des Römischen Rechts, des österreichischen Privatrechts und des internationalen Familienrechts geforscht und zahlreiche Publikationen veröffentlicht.

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Fritz Paschke hat neben seinen Forschungsaufgaben an der Technischen Universität Wien — vor allem im Bereich der Elektrotechnik — auch zahlreiche Entwicklungsaufgaben für die österreichische Industrie wahrgenommen.

Prim. Univ.-Prof. Dr. Andreas Rett hat in der Forschung und in der Behandlung hirngeschädigter und entwicklungsgestörter Kinder große Erfolge erzielt.

Prof. Kurt RAPF ist Komponist von Orchester- und Kammermusik, Organist und Dirigent. Er leitete lange Jahre das Musikreferat im Kulturamt der Stadt Wien.

Jutta Schutting zählt mit ihrer Lyrik und Prosa, mit Werken wie „in der Sprache der Inseln“ oder „Baum in O.“ zu den wichtigsten Schriftstellern der österreichischen Gegenwartsliteratur.

Hermann Langbein widmete sich der publizistischen Aufarbeitung seiner Erlebnisse in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus. Vor allem sein Buch „Menschen in Auschwitz“ hat wesentlich dazu beigetragen, die furchtbaren Verbrechen dieser Ära in Erinnerung zu behalten.

Der Feier wohnte auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS bei. (Schluß) gab/bs

Bereits am 21. Juni 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Ferienspiel: Sonntag Eröffnungsfest am Rathausplatz**

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Ein „Extrariesenholliknolliferienspielfest“ eröffnet das Ferienspiel 1988 des Wiener Landesjugendreferates.

Von 14 bis 18 Uhr gibt es am Sonntag, dem 26. Juni, am Rathausplatz und im Rathauspark zahlreiche Möglichkeiten, den Auftakt des Ferienspiels zu feiern. Eingeladen sind alle Wiener Kinder und ihre Familien.

### **Spielstraße am Rathausplatz**

Biologisch und umweltfreundlich präsentiert sich ein Teil der Spielstraße am Rathausplatz am Sonntag mit einem Blumenflohmarkt, einer Ausstellung über „400 Jahre Kartoffel in Europa“, Informationen über die Sanierung der Ringstraßen-Allee-Bäume, einer Problemstoffsammelstelle und einem Waldklassenzimmer.

Das Haus des Meeres zeigt tropische Tiere und Schlangen. Zu Gast beim „Extrariesenholliknolliferienspielfest“ sind auch die Kuffner Sternwarte, Urania und Planetarium. Für technisch Interessierte gibt es eine Computerstation.

### **Musik, Tanz und Kindertheater**

Musik, Tanz und Kindertheater gibt es auf verschiedenen Bühnen rund um das Rathaus zu sehen und zum Mitmachen.

Wer sich sportlich betätigen will, dem stehen neben einer Kletterwand und einer Sommerlanglaufloipe, ein Radparcours und Möglichkeiten zum Tischtennis, Korbball, Geschicklichkeitsfußball, Frisbee, Boccia, Tennis und Badminton zur Verfügung. Für Leseratten bietet sich ein Bücherbus an. Das „Extrariesenholliknolliferienspielfest“ findet bei jedem Wetter statt.

### **6. Familiensonntag**

Das Eröffnungsfest des Wiener Ferienspiels 1988 ist aber nicht der einzige Programmpunkt des 6. Familiensonntags des Landesjugendreferates am 26. Juni. So ladet die Volkshochschule Ottakring zu einem „Friedenstag“ ein, am Pappelteich im Maurer Wald gibt es „Abenteuer im Wald“, und um 10 Uhr startet bei der Floridsdorfer Brücke auf der Donauinsel der „2. Floridsdorfer Donauinsellauf“. Auf der Lainzerbachwiese kann man „Familien-Wettspielen“, und im Kulturzelt Herderpark sind internationale Lieder aus der „Hitparade“ zu hören.

Informationen über das Eröffnungsfest des Ferienspiels 1988 und das Programm des 6. Familiensonntags gibt es beim Wiener Landesjugendreferat, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon 42 800/4100 DW. (Schluß) jel/rr

## **Auch Wien verfolgt Ziele der Weltgesundheitsorganisation**

**Stacher: Die 38 Einzelziele sind Richtlinien für die Wiener Gesundheitspolitik**

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien begann Dienstag nachmittag eine auf vier Tage anberaumte Tagung über „Planung und Szenarien in der Gesundheitspolitik“. Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER hielt dabei ein Referat über die „Wichtigkeit und Praktikabilität der WHO-Ziele aus Wiener Sicht“. Die Stadt Wien hat sich zu Beginn dieses Jahres dem Projekt „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation angeschlossen. Die 38 Einzelziele des übergeordneten WHO-Projekts „Gesundheit für alle in Europa bis zum Jahr 2000“ sind daher auch Zielvorstellungen der Wiener Gesundheitspolitik.

Der Gesundheitsstadtrat gab eingangs einen Überblick über die Situation in Wien und stellte fest, daß mehrere Ziele zum Teil schon erreicht sind.

- Zur Verbesserung der Lage der Behinderten sind bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt worden.
- Die Säuglingssterblichkeit schwankt derzeit um 10 Promille und wird auf Grund des Mutter-Kind-Passes und anderer Maßnahmen laufend geringer.
- Die Zahl der Magenkrebsfälle ist um 40 bis 50 Prozent, die Zahl der Gebärmutterkrebsfälle durch die Vorsorgeuntersuchungen um 40 Prozent zurückgegangen (hingegen nahmen Prostata- und Brustkrebs um je 13 Prozent zu).
- Lungenkrebsfälle gingen bei Männern um 40 Prozent zurück, während die Zahl der daran erkrankten Frauen zunimmt.
- Die Zahl der Gefäßerkrankungen nimmt trotz aller Vorsorge- und Aufklärungsaktionen zu, wobei allerdings in der Todesfallstatistik die Gefäßerkrankungen zurückgehen.
- Die Zahl der Selbstmorde nahm im vergangenen Jahr erstmalig ab, auch die Zahl einiger Infektionskrankheiten war — durch die Impfaktionen — rückläufig.
- Die Lebenserwartung bei der Geburt steigt weiterhin an: In Wien betrug sie 1986 für die Männer 70,4 Jahre, für die Frauen 77,2 Jahre.

### **Vorsorgemedizinische Maßnahmen**

Professor Stacher verwies auf die zahlreichen vorsorgemedizinischen Maßnahmen, die das Wiener Gesundheitsamt durchführt, zum Beispiel auf die genetische Beratungsstelle für Schwangere, die sechs Familienplanungsstellen, vier Risikoschwangerenberatungsstellen, Schwangerenturnen, Familienhebammen, Geburtsvorbereitungskurse, die 62 Mutterberatungsstellen, die Ambulanz für pädiatrische Kardiologie und die beiden Spezialambulanzen für Risikokinder, die ärztliche Betreuung mit Hör- und Sehtests in den städtischen Kindergärten, die „Zahnputztanten“, den schulärztlichen Dienst einschließlich Impfungen, Sonderturnkurse für haltungsgefährdete Kinder, die vier Jugendzahnkliniken, die Vorsorgeuntersuchungen der Gesundenuntersuchungsstellen, das Vorsorgezentrum Herz-Kreislauf, die Ernährungsberatungsstelle und die zehn Raucherberatungsstellen, die Impfaktionen, die neun Tuberkulosefürsorgestellen, die Geschlechtskrankenberatung und die Teilnahme an verschiedenen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen.

### **Umweltmedizin**

Das vor einem Jahr gegründete Institut für Umweltmedizin nimmt einerseits Untersuchungen vor (Wasserkontrolle, Gutachten über Luftschadstoffe, Lärm, sanitäre Übelstände usw.), widmet sich aber andererseits auch der Forschung, da der Einfluß der Umwelt auf die Gesundheit noch

nicht oder nicht genügend erforscht ist. Außerdem bildet das Institut Umweltschutzärzte heran.

Wien hat erfreulicherweise eine hervorragende Wassersituation, die Luftqualität hat sich bereits wesentlich gebessert, und außerdem gibt es eine ausgezeichnete Lebensmittelüberwachung. Mehr muß jedoch bezüglich der Wohnungssituation, der Wohnmedizin und der Arbeitsmedizin gemacht werden. All das wird nun durch die Ziele der Weltgesundheitsorganisation erleichtert.

### **Psychiatriereform**

Stadtrat Stacher bezeichnete die in Wien durchgeführte Psychiatriereform als ein Beispiel nicht nur für die Planung, sondern auch für die Durchführung gesundheitspolitischer Maßnahmen. 1976 gab es in den Wiener psychiatrischen Krankenanstalten 3.376 psychiatrische Patienten, die größtenteils unter unzumutbaren Verhältnissen untergebracht waren. Eine Reform sollte gewährleisten:

- eine menschlich und medizinisch einwandfreie Betreuung;
- eine Organisation, die sicherstellt, daß die Kranken, die keiner stationären Therapie bedürfen, außerhalb der Anstalten ordentlich versorgt werden;
- und eine die ganze Stadt flächendeckend erfassende Versorgung.

Dazu wurde Wien in acht Versorgungsregionen eingeteilt, denen jeweils eine Abteilung des großen psychiatrischen Krankenhauses zugeordnet wurde. Für jede Region wurden die notwendigen psychosozialen Stationen mit Tagesklinik, ärztlicher und sozialer Betreuung, dazu Wohnheime und ein sozialpsychiatrischer Notdienst rund um die Uhr geplant. Dieser Plan wurde vom Wiener Gemeinderat 1979 beschlossen. Für die Organisation der Außenstellen wurde 1980 der Fonds „Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien“ gegründet. Damit gelang es bis 1988, die Zahl der stationären Patienten um mehr als 2000 auf 1.295 zu reduzieren und alle anderen Kranken in viel humanerer Weise außerhalb des Krankenhauses bestens zu betreuen.

Zusätzlich wurde ein Berufsrehabilitationszentrum mit geschützter Werkstätte gebaut. Es versorgt rund 170 psychisch Kranke, von denen rund 30 Prozent wieder in normale Arbeitsstätten vermittelt werden können.

Die Kosten für die gesamten nichtstationären Dienste liegen derzeit bei 138 Millionen Schilling pro Jahr. Für die Krankenhäuser, in denen jetzt nur mehr Schwerkranke sind, betragen sie pro Jahr 575 Millionen Schilling. Die Lösung ist also nicht nur humaner, sondern auch kostengünstiger.

Die Psychiatriereform ist, so Stacher, ein Beispiel für die Umsetzung der Ziele der Weltgesundheitsorganisation. Nach dem gleichen System sind auch soziale Stützpunkte als Drehscheibe der sozialen Versorgung geschaffen worden. Nun sollen Verbindungen von den sozialen Stützpunkten zu den Hausärzten als Drehscheibe der medizinischen Versorgung hergestellt werden. Das soll schließlich zur bestmöglichen Krankenbetreuung zu Hause führen und damit die Spitäler von Leichtkranken — vor allem älteren Patienten — entlasten. (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 1219

## **Stadtrat Stacher appelliert: Jetzt zur Zeckenimpfung!**

### **Zecken heuer besonders aktiv und bißfreudig**

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Nach Mitteilung der Gesundheitsbehörden sind die Zecken heuer besonders aktiv und bißfreudig. So erhielten in Wien in den letzten Wochen durch den Ärztenotdienst bereits insgesamt 120 Personen nach Zeckenbissen eine passive Immunisierung. In Anbetracht der in Kürze beginnenden Urlaubssaison appelliert daher Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an die Wiener Bevölkerung, rechtzeitig für einen entsprechenden Impfschutz zu sorgen. Bekanntlich kann der Zeckenbiß zu gefährlichen Folgen wie Gehirn- und Gehirnhautentzündung führen. Geimpft wird derzeit noch biseinschließlich 1. Juli in allen Bezirksgesundheitsämtern jeweils Dienstag und Freitag zwischen 9 und 11 Uhr, in der Zentrale des Gesundheitsamtes 1, Gonzagagasse 23 (Montag bis Freitag zwischen 8 und 12 Uhr), sowie in der „Nachmittags-Impfstelle“ des Gesundheitsamtes, 1, Neutorgasse 20, Donnerstag von 15 bis 17 Uhr. Die Teilimpfung kostet jeweils 130 Schilling.

Zwischen der ersten und zweiten Teilimpfung sollten etwa vier Wochen liegen, der Abstand zwischen der zweiten und dritten Teilimpfung beträgt ca. ein Jahr. Alle drei Jahre sollten Auffrischungsimpfungen durchgeführt werden.

### **Erkrankungen gingen zurück**

In den Gesundheitsämtern haben sich heuer bisher 45.900 Personen impfen lassen. Das sind, verglichen mit dem Zeitraum des Vorjahres, um 18 Prozent mehr. Aufgrund der erfreulichen Impfbeteiligung ist auch die Zahl der Erkrankungen nach Zeckenbissen sowohl in Wien, als auch in Gesamtösterreich zurückgegangen. So erkrankten im vergangenen Jahr in ganz Österreich 215 Personen (1986 waren es 305) an Gehirnhaut- bzw. Gehirnentzündung. In Wien kam es in diesem Zeitraum zu 12 Erkrankungen (1986 waren es 25). Todesfall wurde glücklicherweise im Vorjahr keiner mehr verzeichnet. (Schluß) zi/gg

## Wiener Umweltdiplom für 4 A der Volksschule Braunhubergasse

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Umweltdiplom zeichnete Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dienstag nachmittag die Schüler der 4 A in der Volksschule Braunhubergasse 3 aus. Sie hatten im Rahmen eines Projektunterrichtes nachgedacht und gezeigt, was mit dem MÜLL geschieht, wie der Müllberg so klein wie möglich gehalten, und verwertbarer Rohstoff wiederverwertet werden kann.

Die Kinder begannen ihr Projekt mit „Grundlagenforschung“: In der Familie verzeichneten sie alles, was in den Hausmüll geworfen wird. In der Schule sortierten sie dann einen Abfallberg, errichteten in einem großen Glasgefäß einen „Komposthaufen“, suchten verwertbare Bestandteile aus den Abfällen und trennten sie schließlich von den unbrauchbaren oder umweltgefährdenden Resten. Bei Exkursionen erfuhren sie, wie Verpackungsmaterial gespart werden kann, was mit dem Sondermüll bei den Entsorgungsbetrieben Simmering geschieht und wie das Abwasser der Wiener gereinigt wird. In einer Ausstellung in der Schule zeigten sie schließlich ihren Kollegen, welche Erfahrungen sie gesammelt haben, und was man tun kann, um die Umwelt zu schützen. (Schluß) and/gg



## **Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten**

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Von Mozart und Beethoven bis Dvorak, Grieg, Prokofieff, Mahler, Webern und Bartok reicht das Programm der Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten, die vom 24. bis 26. Juni im Musikvereinsaal stattfinden.

Rund 500 junge Musiker aus allen großen Musiklehranstalten Österreichs haben sich auf Initiative des Konservatoriums der Stadt Wien zusammengefunden, um gemeinsam zu musizieren.

Karten für dieser Veranstaltungsreihe sind an der Kasse des Musikvereins, bei der Kartenverkaufsstelle in der Wiener Stadtinformation und an der Kasse des Wiener Konservatoriums erhältlich. Das Programm der Orchestertage umfaßt vier Konzerte:

### **Freitag, 24. Juni, 19.30 Uhr**

Landeskonservatorium Vorarlberg:  
A. Dvorak — Zwei Slawische Tänze  
W. A. Mozart — Klarinettenkonzert A-Dur

Konservatorium Innsbruck:  
B. Bartok — Ungarische Bilder  
E. Grieg — Lyrische Suite

### **Samstag, 25. Juni, 15 Uhr**

Hochschule Wien:  
A. Webern — Im Sommerwind  
W. A. Mozart — 2 Konzertarien  
D. Cimarosa — Konzert für 2 Flöten  
M. Bruch — Romanze für Viola und Orchester  
S. Prokofieff — Romeo und Julia

### **Samstag, 25. Juni, 19.30 Uhr**

Kärntner Landeskonservatorium:  
P. Hindemith — Fünf Stücke für Streichorchester  
F. Fiorillo — Sinfonia concertante für 2 Oboen  
J. Sibelius — Finlandia

Hochschule Mozarteum Salzburg:  
G. Mahler — Symphonie Nr. 1

### **Sonntag, 26. Juni, 10 Uhr**

Brucknerkonservatorium Linz:  
L. v. Beethoven — Ouvertüre zu Egmont  
F. Mendelssohn — Violinkonzert Nr. 2-d-Moll  
Konservatorium Wien:  
M. Mussorgsky/Ravel — Bilder einer Ausstellung  
(Schluß) jel/rr

## **Vivaldis „Gloria“ In der Piaristenkirche**

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Für Kenner und Liebhaber der Musik von Antonio Vivaldi gibt es kommenden Samstag, den 25. Juni, um 20 Uhr, in der Basilika Maria Treu, 8, Piaristengasse 43, ein spezielles Angebot. Der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, veranstaltet mit Unterstützung des Kulturamtes eine Aufführung von Vivaldis „Gloria“.

Die Ausführenden sind das Wiener Kammerorchester und der Wiener Kammerchor unter der Leitung von Philippe ENTREMONT sowie Solisten der Wiener Staatsoper. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/gg



## **Zentrum Hernals: Komplett ein „Hit“**

**EKAZENT meldet Umsatzsteigerung in den Einkaufszentren –  
Zentrum Großfeldsiedlung wird generalsaniert**

Wien, 22.6. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Die Versorgungslücke in Hernals ist geschlossen. Diesen Schluß kann man nach Vorliegen der ersten Umsatzzahlen nach der Eröffnung des Bauteiles II im Zentrum Hernals ziehen. Das aus einem Selbstbedienungsmarkt, 25 Fachgeschäften und Dienstleistungsbetrieben, Postamt und Bankfiliale, Parkgarage und piazzaartiger Ruhezone bestehende Einkaufszentrum erreichte in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres einen Gesamtumsatz von rund 60 Millionen Schilling.

Im Bauteil I des Zentrums Hernals kam man im Vorjahr, dem ersten vollen Geschäftsjahr, auf einen Umsatz von rund 70 Millionen Schilling. Seit der Eröffnung des Bauteiles II ist auch in Teil I eine enorme Steigerung zu verzeichnen. Von September 1987 bis Mai 1988 betrug die Steigerung gegenüber dem Vergleichszeitraum ein Jahr zuvor durchschnittlich 40 Prozent.

Bei der EKAZENT führt man den guten Branchenmix und die gemeinsam mit der Kaufleutevereinigung gestartete Werbung als Ursachen für die gute wirtschaftliche Entwicklung des Hernalser Zentrums an.

### **Zentrum Simmering + 12,7 Prozent**

Trotz stärkerer Konkurrenz hält die Aufwärtsentwicklung des Zentrums Simmering an, das im Vorjahr mit einem Umsatz von 276,5 Millionen Schilling eine Steigerung von rund 12,7 Prozent zu verzeichnen hatte. Im Zeitraum Jänner bis April 1988 betrug der Umsatz im Zentrum Simmering 87,7 Millionen Schilling, um 13,4 Millionen oder 17,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Das Großfeldzentrum — Umsatz 1987 rund 156 Millionen Schilling, + 2,5 Prozent — wird im Sommer des nächsten Jahres generalsaniert. (Schluß)  
wh/gg

## Nurejew-Stipendien erstmals vergeben

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag nachmittag im Roten Salon des Wiener Rathauses die erstmals vergebenen Nurejew-Stipendien an drei junge Wiener Tänzer.

Das Hauptstipendium in Höhe von 55.000 Schilling erhielt Jörg MANNES (geboren 1969), die beiden Reisestipendien über jeweils 12.000 Schilling ergingen an Eva PETTERS (geb. 1971) und Harald Uwe KERN (geb. 1966). Die Preisträger wurden von Rudolf Nurejew ausgesucht. Als Sponsoren wirken die Casinos Austria, die Ottakringer Brauerei und die Imperial Hotels Austria. Generaldirektor Wallner, Direktor Wenckheim und Generaldirektor Engelhardt nahmen an der Überreichung teil. (Schluß)  
chr/gg



## **Neuer Wien-Werbefilm „Location Vienna“**

### **Tourismuswerbung jenseits aller Klischees**

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Der Film „Location Vienna“, den Wiens Tourismuswerber ab Herbst in ihrer weltweiten Wien-Promotion einsetzen werden, wurde am Dienstag von Vizebürgermeister Hans MAYR und Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS im Palais Ferstel vorgestellt. Der von der EPO-Filmges.m.b.H. durch das international mehrfach für Tourismus-Werbung preisgekrönte Team Curt FAUDON (Buch und Regie) und Dieter POCHLATKO (Produzent) realisierte Film unterscheidet sich deutlich von der Dutzendware gängiger Fremdenverkehrswerbefilme: Überraschend unkonventionell stellt er das Produkt Wien mit intellektuellem Touch und subtilem Understatement in Bezug auf typische Tourismus-Klischees vor. Für den Wiener Fremdenverkehrsverband als Auftraggeber ist „Location Vienna“ eine notwendige Ergänzung zu seinen bisher eingesetzten, konservativer gestalteten Werbefilmen.

Der Film wurde durch ein von der Stadt Wien bewilligtes Sonderbudget von drei Millionen Schilling verwirklicht und wird in drei Versionen zur Verfügung stehen: In einer 16minütigen Fassung als 16mm-Film, einer achtminütigen Kurzfassung als 16mm-Film oder Video-Kassette für alle gängigen Videosysteme sowie als vierminütiger Video-Clip zum von Gerd Schuller komponierten Titelsong. Die Wienerinnen und Wiener werden am 17. September, dem „Tag der offenen Tür“ im Rathaus, Gelegenheit haben „Location Vienna“, mit dem vor allem junge, an Modetrends orientierte Zielgruppen des Städtetourismus angesprochen werden, zu sehen. (Schluß) wh/rr

## **Gürtel-Ausstellung in Margareten**

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Teile der großen Gürtel-Ausstellung „Neue Wege für Wien“ sind seit heute bis einschließlich 22. Juli in der Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes Margareten-Ost (5, Margaretenstraße 105) zu sehen. Anhand zahlreicher Pläne und Darstellungen wird der Teilbereich Margareten-gürtel und Inneres Wiental vorgestellt. Die Ausstellung ist wochentags von 8 bis 12 Uhr sowie von 13 bis 17 Uhr (Donnerstag bis 18 Uhr) geöffnet. (Schluß) ah/bs

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Absichten der Stadt Wien bezüglich des Verkaufs und der Sanierung des Palais Harrach sagte Bürgermeister Dr. ZILK, es habe zunächst ein Angebot der Firmen SEG und Immorent gegeben. Während Immorent aus dem Angebot ausgeschieden sei, sei die SEG während der gegebenen Frist nicht tätig geworden. Die Entscheidung, das Palais Harrach durch einen Verkauf an Oskar Schmidt zu einem Kulturzentrum zu machen, das die einzigartige Sammlung Schmidts aus den 50er und 60er Jahren beherbergen soll, sei der Stadt Wien schließlich leicht gefallen, zumal sich als Alternative nur das Harrach als Appartement-Hotel angeboten habe. Man habe mit Herrn Dr. Kallinger nur als Vertreter der SEG verhandelt, ein Angebot der Firma Kallinger beziehungsweise der Person Dr. Kallinger, sei der Stadt Wien nicht vorgelegen. Diesbezüglich könne man einer Prozeßdrohung Kallingers beruhigt entgegensehen. Der Verkauf an Oskar Schmidt garantiere eine kulturhistorisch einwandfreie Adaptierung dieses Bauwerkes. Bei Nichterfüllung des Vertrages — sollte Schmidt nach Erteilung aller benötigten Genehmigungen die Sanierung nicht innerhalb eines Jahres beginnen — könne die Stadt Wien wieder in ihre Rechte als Besitzer eintreten.

Zur ZWEITEN ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), ob die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Claus Peymann im Interesse der Stadt Wien liege, sagte Zilk, seine persönliche Meinung sei nicht relevant. Der Antrag Peymanns werde so wie alle anderen Anträge — 4.458 im Jahr 1987 — entsprechend der gültigen Rechtslage behandelt.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. DAMPIER (SPÖ), wie effizient gegenwärtig die Müllsortierung im Rinter-Zelt sei, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), daß im heurigen Jahr allein 5.800 Tonnen Altstoffe und 81 Tonnen Sondermüll aus dem angelieferten Müll aussortiert werden konnten. Daraus lasse sich eine Verdoppelung der Effizienz der Müllsortieranlage gegenüber dem vergangenen Jahr hochrechnen. Durch die Sortierung konnten in diesem Jahr bereits 50.000 Kubikmeter Deponievolumen eingespart werden. Für viele wichtige Rohstoffe gebe es bereits Abnehmer und eine erfolgreiche Wiederverwertung. In der Sortieranlage gehe es nicht zuletzt auch um die Entgiftung der Abfälle.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), wie weit die Vorbereitungsarbeiten für die Dezentralisierung der städtischen Wohnhäuserverwaltung gediehen seien, antwortete Stadtrat EDLINGER (SPÖ), daß für die Dezentralisierung und Neuorganisation der städtischen Wohnhäuserverwaltung die Zusammenarbeit zwischen Erhaltungs- und Verwaltungsdienststelle verstärkt wurde. Es gibt eine zentrale Stelle für Budget und Arbeitsplanung sowie fünf Gebietsgruppen, von denen bereits die erste an einen neuen, dezentralen Standort verlegt wurde. Weitere folgen in nächster Zeit. Hand in Hand mit der Dezentralisierung geht auch eine Mitarbeiterschulung. Edlinger bekannte sich dazu, daß die städtische Wohnhäuserverwaltung nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten tätig werden müsse. Die Dezentralisierung werde auch die Mietermitbestimmung erleichtern.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), wieviel die Stadt Wien für angemietete Büroräumlichkeiten zu bezahlen habe, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß die Mieten je nach Lage zwischen acht und 134 Schilling pro Quadratmeter lägen. Auf die ZUSATZFRAGE, weshalb

angesichts so hoher Mieten ein der Stadt Wien gehörendes und von ihr renoviertes, 200 Quadratmeter großes Objekt im 1. Bezirk zum Kategoriezins von 24 Schilling pro Quadratmeter an den Verein „Klub neues Österreich“ vermietet worden sei, der, so Neumann, „keine andere Aufgabe hat, als den Bundespräsidenten zu diskriminieren“, antwortete Edlinger, die Vermietung sei völlig korrekt erfolgt. Ein Verein könne nicht mit Mietern verglichen werden, die das gemietete Objekt kommerziell nützen. Auch an andere Vereine seien Räumlichkeiten in erstklassiger Lage zum Kategoriezins vermietet worden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ), wie die Stadt Wien die Attraktivität der Märkte verbessern wolle, antwortete StR. Christine SCHIRMER (SPÖ), dies sei vor allem Aufgabe der ansässigen Händler und deren Interessensvertretungen. Sie sei aber gerne bereit, Privatinitiativen zu unterstützen. Bisher sei kein Antrag einer Bezirksvertretung oder Interessensvertretung auf Schaffung eines zusätzlichen Marktes an sie gestellt worden. Im übrigen werde in nächster Zeit der Viktor-Adler-Markt im 10. Bezirk revitalisiert und so seine Attraktivität erhöht werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. SALCHER (ÖVP) über die Situation der „Kinder am Karlsplatz“ betonte Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß die Stadt Wien neben den „Streetworkern“ das Projekt „Straßensozialarbeit“ als neues Angebot für Obdachlose initiiert habe. Es gehe darum, in Einzelarbeit den Betroffenen, ob Jugendliche oder Arbeitslose, zu helfen. Die Hauptprobleme seien Drogen, Alkohol sowie die Verbindung von Medikamentenmißbrauch mit Alkohol. Eine Reduzierung der Hilfsangebote komme für sie nicht in Frage. Außerdem sprach sich Smejkal dafür aus, die verschiedenen privaten Projekte für den Bereich der intensiven Sozialarbeit zusammenzufassen. Man könne dann besser helfen.

#### **Neuer Gemeinderat**

Durch das Ausscheiden von Dr. Hannes SWOBODA (SPÖ) wurde ein Meidlinger Mandat vakant. Dieses Mandat hat Franz RUPANER (SPÖ) angenommen. Rupaner wurde in seiner Funktion als Wiener Gemeinderat angelobt.

#### **Zilk dankt Sallaberger**

Stadtrat Günther SALLABERGER hat seine Funktion zurückgelegt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sprach dem scheidenden Stadtrat seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Sallaberger war 15 Jahre in der Kommunalpolitik tätig. Zunächst als Gemeinderat, seit 1984 als Erster Präsident des Landtages und zuletzt als Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Stadtplanung und Stadtentwicklung. Zilk verwies darauf, daß gerade der Kommunalpolitiker tagtäglich mit den Problemen der Bürger intensiv befaßt sei.

#### **Dr. Hannes Swoboda zum Stadtrat gewählt**

Auf Vorschlag der SPÖ wurde der bisherige SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA vom Wiener Gemeinderat mit 65 von 95 abgegebenen Stimmen zum Stadtrat gewählt. Anschließend erfolgte seine Wahl zum Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Stadtplanung und Stadtentwicklung.

#### **Rechnungsabschluß - Rede Mayr**

Vizebürgermeister MAYR betonte in seiner Rede zum Rechnungsabschluß 1987, daß dieser ein Bild geordneter Finanzen zeige. Höhere Einnahmen und geringere Ausgaben verbesserten die Situation gegenüber dem Voranschlag um 3,3 Milliarden Schilling, der Schuldenstand der Stadt

Forts. von Blatt 1227

Forts. auf Blatt 1229

Wien fiel auf 40 Milliarden und damit auf das Niveau von 1982, die Stadt verfügt insgesamt über Rücklagen von 7,4 Milliarden Schilling. Diese Zahlen seien auch als Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik zu sehen, die sich an den Kriterien der Vollbeschäftigung und der Schaffung einer sinnvollen Infrastruktur orientiere.

Im Detail nannte Mayr folgende Zahlen: Der Rechnungsabschluß 1987 weist Einnahmen von 79,9 Milliarden und Ausgaben von 83,5 Milliarden Schilling, bei einem Abgang von 3,6 Milliarden, aus. Ein Plus bei den Einnahmen von 3,4 Prozent und ein Minus von 0,8 Prozent bei den Ausgaben bewirkte die Verbesserung beim Abgang um 3,3 Milliarden — ein Ergebnis, das auch die Opposition anerkennen sollte. Auch die seit sechs Jahren stabile Wiener Verschuldung mit dem derzeitigen Stand von 40 Milliarden Schilling sei als Erfolg anzusehen. Die Stadt tätigte 1987 Investitionen von insgesamt 11,7 Milliarden, was gegenüber 1986 ein Plus von 0,8 Milliarden, gegenüber dem Voranschlag 1987 ein Minus von 1,5 Milliarden bedeutet. Diese Unterschreitung bei den Investitionen gegenüber dem Voranschlag ist vor allem auf Planungsänderungen und damit Bauverschiebungen bei der U 6, auf Einsparungen und Zahlungsverchiebungen beim AKH und auf Übertragungen beim Wohnhausbau von Gemeindebauprojekten auf Genossenschaften zurückzuführen. Bezüglich der Rücklagen der Stadt Wien von insgesamt 7,4 Milliarden, wovon vier Milliarden auf den Wohnbauförderungs- und -sanierungsbereich entfallen, wies Mayr auf deren Wichtigkeit für Finanzgebarung und Wirtschaftsplanung der Stadt hin. Mayr betonte im besonderen die positive Entwicklung der Bauwirtschaft mit einer Umsatzsteigerung von 13,3 Prozent, die sehr gute Entwicklung im Fremdenverkehr mit dem Rekordergebnis von sechs Millionen Nächtigungen im Jahr 1987 und die Trendentwicklung in der Wiener Wirtschaft zur Software im weitesten Sinn wie Planung, Entwicklung, Beratung und Problemlösungen aller Art. All diese positiven Entwicklungen finden auch — so Mayr — ihr Pendant im Bevölkerungstrend der Stadt, wo erstmals seit Jahren die Zahl der Zuwanderer das Geburtendefizit kompensiert.

### **Generaldebatte Rechnungsabschluß**

Die Wiener FPÖ lehne den Rechnungsabschluß 1987 trotz seiner guten Optik ab, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Zum einen seien umfassende Fragen wie Weltausstellung, Zentralbahnhof und Teilverkauf der Wiener Holding, die für die zukünftige Finanzpolitik der Stadt Wien relevant seien, nicht geklärt und nur oberflächlich diskutiert worden, zum anderen müsse man die Gründe für den so positiv scheinenden Rechnungsabschluß 1987 auch im planerischen und organisatorischen Versagen der einzelnen Ressorts suchen. So sei augenfällig, sagte Hirnschall, daß finanzielle Mittel nicht voll ausgeschöpft worden seien und der angekündigte Investitionsschub nicht stattgefunden habe. Dies weise auch auf eine alarmierende Kursänderung in der Wirtschaftspolitik der Stadt Wien hin. Ein weiterer Kritikpunkt sei das geplante Abgehen vom Kostendeckungsprinzip für kommunale Leistungen, das Vizebürgermeister Mayr habe anklingen lassen. Das Abgehen von diesem Prinzip, das zum Schutz der Konsumenten gute Gründe habe, würde den Auftakt für eine Tariflawine bedeuten.

Zur Weltausstellung meinte Hirnschall, daß die Idee einer Kooperation mit Budapest gut, die Diskussion aber bisher oberflächlich und von Euphorie bestimmt gewesen sei. Man höre nichts mehr von Sponsoren und vermisse konkrete Zusagen des Bundes, die für eine Standortentscheidung wichtig wären, sowie eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Zum Zentralbahnhof erklärte Hirnschall, daß die Stadt Wien keinerlei Vorfinanzierung für die ÖBB übernehmen dürfe und darüber hinaus ein attraktives Beschleunigungsprogramm für die Wiener von höherem Stellenwert sei als ein zentraler Fernreisebahnhof. Als Privatisierung, kritisierte Hirnschall, könne man

Forts. von Blatt 1228

Forts. auf Blatt 1230

Forts. von Blatt 1229

den beabsichtigten Teilverkauf der Wiener Holding sicher nicht bezeichnen. Daher sei es für seine Fraktion entscheidend, daß eine öffentliche Kontrolle weiter stattfinde, und der Börsenhandel mit Holdinganteilen eine präzise Vertragsbedingung werde, damit eine Beteiligung für Kleinanleger möglich werde.

Hirnschall forderte weiters Verhandlungen mit dem Bund, um vor der parlamentarischen Beratung der Steuerreform einen Ausgleich für Gemeinden und Länder zu sichern. Hirnschall brachte einen BESCHLUSSANTRAG auf Ablehnung einer „Müllentsorgungssteuer“ ein. Diese Steuer würde sich kontraproduktiv auf den Umweltschutz auswirken und die Gemeinden zu Inkassanten herabwürdigen.

GR. Dr. WÖBER (ÖVP) sagte, seine Fraktion werde den Rechnungsabschluß 1987 ablehnen. Habe die SPÖ beim Budget 1987 noch von Wirtschaftsimpulsen durch Investitionen geredet, lobe sie nun den sparsamen Budgetvollzug, nachdem diese Investitionen ausgeblieben seien. Von 1986 auf 1987 sei die Zahl der Arbeitslosen um 6.000 gestiegen. Die Investitionsquote sei in den letzten Jahren von einem Viertel auf ein Siebtel des Budgetvolumens gesunken. Von der angekündigten antizyklischen Budgetpolitik sei nichts zu bemerken. Minderausgaben habe es beim U-Bahn-Bau (500 Millionen durch Verzögerung bei der U 6) und beim AKH gegeben, Wohnbau- und Stadterneuerung wurden vernachlässigt. Das gelte auch für den Umweltschutz und die Sanierung der zweiten Hochquellenwasserleitung. Die Sanierung von EBS und Hauptkläranlage sei mit Ausnahme der Rauchgasreinigung nicht über die Planung hinaus gediehen. Beim Schuldenstand der Stadt Wien sei festzustellen, daß die Verwaltungsschulden gestiegen sind.

Wöber begrüßte die Auswirkungen der Steuerreform auf die Stadterneuerung, die von seiner Fraktion gefordert worden sei, und verwies auf den Wirtschaftsoptimismus, der vom WIFO aufgrund der neuen Steuergesetze geortet werde. Zu begrüßen sei die Privatisierung der Holding, auch wenn sie sich derzeit auf den Aktienkauf durch Großbanken beschränke. Dieser Verkauf sei, sagte Wöber, ein Erfolg der Demokratie — eine gute Idee habe sich durchgesetzt.

Für GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) spiegelt der Rechnungsabschluß die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Stadtverwaltung wider. Die Ausgaben seien auch deshalb hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, sagte Svoboda, weil getätigte Investitionen im Jahre 87 nicht mehr budgetwirksam geworden seien. Die Beschäftigung habe zugenommen, allerdings sei die Arbeitslosenrate durch erhöhte Zuwanderung negativ beeinflusst worden. Diese Zuwanderung sei aber ebenfalls ein Hinweis dafür, daß die Attraktivität Wiens als Arbeits- und Wohnort weiter steige. Vollbeschäftigung bleibe das Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik, wie auch die Sicherung der Aufwärtsentwicklung der gesamten Ostregion. Dazu müsse aber auch der Bund seinen Beitrag leisten, forderte Svoboda.

Die Privatisierung der Holding sei für ihn keine ideologische Frage von „privat“ oder „Staat“, sondern habe das Ziel, den Holdingbetrieben eine optimale Struktur zu geben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, erklärte Svoboda.

### **Finanzen und Wirtschaftspolitik**

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) sprach von der großen Bedeutung der mittelständischen Betriebe in Wien und meinte, daß die Rahmenbedingungen verbessert werden müßten. Zum geplanten Verkauf von 60 Prozent der Wiener Holding meinte die Rednerin, das Kontrollamt werde damit ausgeschaltet, und die SPÖ behalte ihren Einfluß weiterhin. Von einer echten Privatisierung könne bei einem Verkauf von Anteilen an verstaatlichte Großbanken nicht die Rede sein. Im Bereich der Wiener Holding seien Firmen,

Forts. auf Blatt 1231

die einen Versorgungsauftrag zu erfüllen hätten. Die Gemeinnützigkeit dürfe jedoch kein Recht auf Verluste mit sich bringen, hinter der Gemeinnützigkeit dürfe sich keine Unfähigkeit verstecken. Kariotis meinte, die Holding solle im Zusammenhang mit der Privatisierung an die Börse gehen.

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) warf Bürgermeister Zilk vor, zu den wichtigen Fragen der Stadt zu schweigen. Er erwarte sich Aussagen zur Ladenöffnungszeiten im Interesse des Fremdenverkehrs, zur Entwicklung der Verstaatlichten Industrie in Wien sowie zu den verschiedenen Vorfällen in letzter Zeit, wie etwa den Stadionskandal und den Rohbericht des Rechnungshofes zur GESIBA. Die Privatisierung der Holding sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die ÖVP sei der geistige Motor für die Privatisierungsdebatte. Die Privatisierung dürfe aber keine Geldbeschaffungsaktion sein. Der Erlös solle der Stadterneuerung zugute kommen. Im Zusammenhang mit der Privatisierung der Holding müsse auch die Fünf-Prozent-Begünstigungsklausel für die Holdingfirmen fallen. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Dr. Maier, daß der Gemeinderatsbeschluß aus dem Jahr 1978 über die Verlustabdeckung der Wiener Stadthalle-KIBA sistiert werden müsse. Außerdem, so Dr. Maier, solle auch die Zentralsparkasse in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im Anschluß daran ebenfalls teilprivatisiert werden. In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG forderte Dr. Maier den Verkauf von zumindest 60 Prozent der derzeit zu 99,8 Prozent im Eigentum der Wiener Stadtwerke/Gaswerke befindlichen Firma Teerag-Asdag AG an Private.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) sagte, daß ihm die Stellungnahmen der ÖVP zur Verstaatlichten Industrie in Wien oft parteipolitisch beeinflusst erscheinen. Die Zitierung des GESIBA-Rohberichtes des Rechnungshofes in der Öffentlichkeit sei ohne die Stellungnahme der Geschäftsleitung nicht zulässig. Die Konzeption des Budgets entspreche der Pflicht des Finanzreferenten, Einnahmen zunächst möglichst gering und Ausgaben am höheren Limit zu schätzen. Das Ergebnis des Budgetjahres spreche für eine gute Konzeption des Budgets und eine florierende Wirtschaft, der letzten Endes die erhöhten Einnahmen zum größten Teil zu danken sind.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) nahm zu verschiedenen Punkten der Diskussion Stellung. Zur Weltausstellung sagte Mayr, daß hier die eigentlichen Ausstellungskosten durch Eintrittsgelder, Sponsorengelder und andere Einnahmen zu decken sein müßten. Das gelte aber nicht für die begleitenden Infrastrukturmaßnahmen. Die Weltausstellung wegen der Einsprüche verschiedener Gruppen nicht durchzuführen, hieße jeden Gestaltungsanspruch aufzugeben. In der Standortfrage bezeichnete Mayr die 40 Hektar bei der Wagramer Straße ohne Bäder und ohne Donaupark als ausreichend. Das Gelände des Nordbahnhofes habe als Nachteile die Lage im dichtverbauten Gebiet und die zu erwartenden hohen Freimachungskosten wegen der privaten Pächter. Die Schaffung eines Zentralbahnhofes in Wien nannte Mayr als unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft Wiens als mitteleuropäische Metropole. Zur Wiener Holding sagte er, daß hier zukunftsweisende Lösungen mit allen Interessierten ohne parteipolitische Brille zu suchen seien. Bezüglich der Steuerreform wies er auf die Notwendigkeit hin, die daraus entstehenden Belastungen zwischen dem Bund und den anderen Körperschaften gerecht zu verteilen. Die von Umweltministerin Flemming anvisierte „Müllsteuer“ lehnte Mayr ab, da Wien in Fragen der Entsorgung allen Städten und Ländern Österreichs weit voraus sei und die Wiener Bevölkerung daher ein zweites Mal für die entsprechenden Einrichtungen außerhalb Wiens zur Kassa gebeten würde. Zur Publikwerdung des Rohberichtes über die GESIBA sagte Mayr, derartige Vorgänge, die offensichtlich vom Rechnungshof selbst ausgehen, seien gegen das Gesetz und daher abzulehnen. Schließlich bekannte sich Mayr

Forts. von Blatt 1230

Forts. auf Blatt 1232



dazu, die Absiedlung von Teilen der VEW aus Wien zu bekämpfen und der Belegschaft jede Hilfe in diesem Kampf zu leisten. Die zukünftige Entwicklung der österreichischen Kreditinstitute im gesamteuropäischen Raum sei, so Mayr, eine Sorge, der man sich mit gemeinsamen Kräften annehmen muß.

### **Wohnbau und Stadterneuerung**

Das Umdenken von der Philosophie der Stadterweiterung zur Stadterneuerung sei in Wien zwar gelungen, sagte StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), doch sei man noch weit davon entfernt, historische und alte Bausubstanz wirklich zu sichern. Mehr als 10.000 Häuser aus der Zeit vor der Jahrhundertwende seien derzeit noch vom Verfall bedroht, während bereits Bauten aus den 50er und 60er Jahren aufwendig saniert werden müßten. Die Stadt Wien müsse durch die Steuerreform des Bundes mit einer Kürzung der Wohnbaumittel in der Höhe von jährlich rund 500 Millionen Schilling rechnen. Trotzdem halte er eine offensichtlich zur Diskussion stehende Wohnbausteuer beziehungsweise Stadterneuerungssteuer für keine gute Idee, zumal die Rücklage aus der Wohnbauförderung per Ende 1987 eine Höhe von mehr als vier Milliarden Schilling erreicht hätten. Eine derartige Rücklagenpolitik müsse, sagte Pawkowicz, die Bundesregierung förmlich „animieren“, die Budgetsanierung auf Kosten der Länder durchzuführen. Vorhandene finanzielle Möglichkeiten können durch zu viel bürokratischen Aufwand nicht voll ausgenutzt werden, kritisierte Pawkowicz die Arbeit des Stadterneuerungsfonds.

Die Vorlage für die Wiener Wohnbauförderung weise gravierende Mängel auf. Sie sei wettbewerbs- und eigentumsfeindlich, berücksichtige in keiner Weise die Größe von Familien, und es lasse sich keinerlei Rechtsanspruch auf eine Förderung feststellen. Voraussetzungen für die Förderung sollten weiters die Unterstellung unter die Kontrolle des Kontrollamts und eine begleitende Kontrolle ab einem bestimmten Bauvolumen sein.

Massive Bedenken gegen die sozialistische Wohnbaupolitik äußerte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Bei der Stadterneuerung habe seine Fraktion schon früh davor gewarnt, daß bei der Beibehaltung der jetzigen Förderungsmodalitäten der Finanzierungsrahmen bald erschöpft sein werde. Heute können an die 1.000 Förderungsansuchen, die bereits geprüft und bewilligt sind, nicht finanziert werden. Es wäre wichtig, dafür zu sorgen, den Erneuerungswilligen wieder das Vertrauen in das Förderungssystem zu geben. Alle jene Förderungswerber, deren Ansuchen bereits positiv begutachtet sind, sollten bevorzugt für die Mittelzuteilung vorgesehen werden. Die im Raum stehende Wohnbausteuer wäre nach Meinung von GR. Petrik eine „politische Exhumierung“ von Hugo Breitner und ein totales Eingeständnis einer falschen Politik. Das Land Wien solle vielmehr wie andere Bundesländer auch Mittel aus einer Landeswohnbauförderung zur Verfügung stellen.

Ernsthaft müsse die Frage nach Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Gemeindewohnungen geprüft werden. Wenn jetzt ein neues Wiener Wohnbauförderungs- und -sanierungsgesetz geschaffen werden soll, dann sollte dafür gesorgt werden, daß nur jene eine Gemeindewohnung bekommen, die sie wirklich brauchen. Wenn die SPÖ daran denke, Eigenmittelsatzdarlehen für Eigentumswohnungen nicht mehr zur Verfügung zu stellen, solle sie auch ihre grundsätzliche Einstellung zum Wohnungseigentum offenlegen. Und wenn man überlege, Gastarbeitern Gemeindewohnungen zu geben, dürfe man auch nicht auf österreichische Mehrkinderfamilien vergessen. Abschließend deponierte Petrik neuerlich den Gedanken, Gemeindewohnungen ins Eigentum von Mietern zu übertragen.

GR. HONAY (SPÖ) erklärte, der Stadterneuerungsfonds habe auch 1987

Forts. von Blatt 1231

Forts. auf Blatt 1233

seine Aufgabe erfüllt: Die Bodenpreise seien weitgehend stabil geblieben, das Sanierungsvolumen habe sich erhöht, und das BTX-Wohnservice habe über 80.000 Wohnungssuchende beraten. Die Beseitigung des Substandards, so Honay, bleibe weiterhin Schwerpunkt der Stadterneuerung. Mittlerweile befinde sich jede fünfte Wiener Wohnung in einem Haus, das saniert werde oder vor der Sanierung stehe. Nicht weniger als 5.500 Arbeitsplätze in der Baubranche lassen sich auf die Stadterneuerung zurückführen.

Honay wandte sich gegen Prognosen, daß bis zum Jahr 2000 kein Bedarf nach Wohnungsneubau mehr bestehe. Abbrüche, Umwidmungen und Wohnungszusammenlegungen würden im Gegenteil jährlich etwa 4.000 neue Wohnungen erforderlich machen.

GR. KIRCHNER (FPÖ) meinte, es könne etwas am System nicht stimmen, wenn vier Milliarden Rücklagen aus der Wohnbauförderung vorhanden seien. Er bedauerte, daß die Baupreise gestiegen seien, während gleichzeitig die durchschnittliche Wohnungsgröße zurückgegangen sei und die Bauzeit verlängert wurde. Die Förderungsmethoden seien unsozial. Während die oberste Gruppe der Einkommensbezieher, die lediglich 15 Prozent aller Haushalte ausmachen, 25 Prozent der Gesamtförderungsmittel erhalten, kann die unterste Einkommensschicht mit 26 Prozent aller Haushalte lediglich auf 10 Prozent der Förderungsmittel zurückgreifen. Je größer die Wohnung, desto größer der Anteil an Eigenmittel, die nur die sozial Stärkeren aufbringen können, und desto größer sei auch die Förderung. Das sei unsozial. Den Entwurf der neuen veränderten Wohnbaugesetze bezeichnete Kirchner als familienfeindlich. Man müsse weg von der Objektförderung und hin zur Subjektförderung kommen.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte Einsparungen und Minderausgaben auf dem Wohnungssektor. Auf der anderen Seite hebe die Stadt Wien ungerechtfertigt Zinse auf Basis der Rohbaumaße statt der Nutzfläche ein. Es gebe zahlreiche Versäumnisse bei der Instandhaltung von Gemeindebauten, die dann mit großangelegten Sanierungen renoviert werden müßten. Aber auch Neubauten, wie etwa in der Gerasdorfer Straße, seien durch gravierende Baumängel gekennzeichnet. Weiters gebe es Bau- und Revitalisierungsvorhaben, die — obwohl seit Jahren versprochen, wie in der Hermannsgasse und in der Kirchengasse im 7. Bezirk — nicht durchgeführt würden. Daß man von der Befriedigung des Wohnungsbedarfes in Wien weit entfernt sei, sei schließlich an den 21.000 Vormerkscheinbesitzern zu ersehen, die auf eine Gemeindewohnung warten. Es sei den Sozialisten nicht gelungen, das soziale Wohnen der Zeit anzupassen, wie man es etwa auch durch die Möglichkeit des Ankaufes von Gemeindewohnungen tun könnte.

Die Wiener SPÖ werde die Verländerung der Wohnbauförderung zugunsten der 19.000 Wohnungswerber, einer verstärkten Kontrolle und der Partizipation durch Mietermitbestimmung zu nützen wissen, erklärte GR. FAYMANN (SPÖ). Zu der von der Opposition verlangten Kontrolle von Bauträgern meinte Faymann, daß, sofern man sich zu einer derartigen Regelung entschließe, dies für alle Bauträger, die öffentliches Geld unter dem Titel Wohnhaussanierung erhalten, gelten müßte. Man habe nie verheimlicht, daß es bei manchen der 220.000 Gemeindewohnungen — von 1945 bis 1988 sind 151.945 Wohnungen fertiggestellt worden — Fehler und Mängel gebe. Es seien gezielte Maßnahmen, wie die Dezentralisierung der Wohnhausverwaltung durch die Einführung von Gebietsgruppen, ein Konzept zur Sanierung von Baumängeln, das bis 1990 realisiert wird, eine verstärkte Bauaufsicht und die Einbindung der Mieter bei Sanierungen, die Renovierung abgewohnter Wohnungen und die Erleichterung des Wohnungstausches, gesetzt worden. Allein 1987 habe man für die Instandhaltung von Gemeindewohnungen zwei Milliarden Schilling aufgewendet. Es sei einseitig, zu behaupten, daß alle Probleme, die Mieter in dieser Stadt

Forts. von Blatt 1232

Forts. auf Blatt 1234

hätten, in den Gemeindewohnungsbereich fielen. Bereits erfolgte Verbesserungen, wie gezielte Information und ein Mitspracherecht der Mieter, seien beispielgebend für den privaten Wohnungssektor in Wien, bei dem eine derartige Entwicklung immer noch auf sich warten lasse.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) befaßte sich in seinem Beitrag mit dem Thema Energiesparen. In zwei BESCHLUSSANTRÄGEN setzte er sich dafür ein, einen Arbeitskreis im zuständigen Gemeinderatsausschuß zu installieren, der Grundlagen zum Thema Energiesparen im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes ausarbeiten soll; ein weiterer Arbeitskreis soll Energiesparmaßnahmen bei Neubauten, baulichen Änderungen und beim Betrieb von städtischen Objekten forcieren und koordinieren. Mandahus kritisierte, daß aus einer acht Jahre zurückliegenden Vereinbarung der Bundesländer über Energieeinsparungen erst ein Punkt von 23 erfüllt wurde. Beispiele bewiesen, daß in vielen Bereichen Energie gespart werden könnte, ohne etwa in Industriebetrieben die Produktivität zu gefährden. Wien solle auf dem Gebiet des Energiesparens beispielgebend wirken.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) wies darauf hin, daß bei einer Neuordnung der Wohnbauförderung weit in die Zukunft reichende Entscheidungen getroffen werden und auf langfristige finanzielle Folgen Bedacht genommen werden müsse. So sei eine Umstellung der Wohnbauförderung von Annuitätenzuschüssen auf Darlehen auf die Dauer nicht finanzierbar. Die neue Wohnbauförderung werde ein Mischsystem aus beiden sein und zwar höheren Eigenmittelbedarf, aber langfristig Vorteile bei der monatlichen Belastung bringen. Edlinger stellte ausdrücklich fest, daß an die Einführung einer Wohnbausteuer nicht gedacht sei.

Die Übertragung von Gemeindewohnungen ins Eigentum sei für den Großteil der Mieter nicht finanzierbar und werde von der SPÖ aus sozialen Überlegungen abgelehnt. „Die Zukunft im Wohnbau liegt in der demokratischen Mitbestimmung und nicht im Eigentumsfetisch“, schloß Edlinger.

### **Bildung, Jugend, Familie und Soziales**

Bei allen Verbesserungsvorschlägen heiße es, es mangle an Geld, bedauerte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). In Wirklichkeit mangle es nicht an der Verfügbarkeit, sondern am sinnvollen Einsatz gerade im sozialen Bereich. Die Jungbürgerfeiern verschlingen neun Millionen, und dabei werde noch Propaganda für die SPÖ gemacht. Dieses Geld wäre besser für die Kinder vom Karlsplatz bzw. für die Jugendlichen am Lindenhof zu verwenden. Den Randgruppen müssen Hilfe und Arbeitsplätze angeboten werden. Mit Worten allein gehe es nicht. Landauer vermutete parteipolitischen Einfluß besonders in den Pensionistenklubs. Es gehe nicht an, sagte sie, daß Parteilokale der SPÖ auf dem Umweg über die städtischen Pensionistenklubs renoviert werden.

GR. Dr. SALCHER (ÖVP) warf Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Konzeptlosigkeit in der Jugendpolitik, besonders hinsichtlich jugendlicher Problemgruppen, vor. Bei diesen Randgruppen gelte es, Ursachenbekämpfung zu betreiben, das heißt, bei den Problemen Alkoholismus, Drogensucht und Arbeitslosigkeit anzusetzen. Salcher forderte in diesem Zusammenhang — besonders für die „Kinder vom Karlsplatz“ — drei zusätzliche Streetworker zu den derzeit sechs Tätigen, die zu wenig seien. Für die insgesamt 8.000 von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen forderte Salcher geschützte Arbeitsplätze und betreute Wohngemeinschaften. Generell bedürfe es Konzepte für jene Jugendlichen, die bereit sind, sich helfen zu lassen.

Bei den Jugendzentren der Stadt Wien kritisierte Salcher die Aufblähung des Verwaltungsapparates und die Ineffizienz hinsichtlich ihrer eigent-

Forts. von Blatt 1233

Forts. auf Blatt 1235

lichen Aufgaben. Hier sei eine echte Reform und damit eine Dezentralisierung und Privatisierung, ein Aufgeben des Monopols der Stadt Wien nötig. Generell sprach sich Salcher für dezentrale jugendnahe Problemlösungen aus.

Die SPÖ habe aus der Zurverfügungstellung von Lokalen für die Pensionistenklubs der Stadt Wien in keinem Fall Nutzen gezogen, betonte GR. Gerda JERABEK (SPÖ) in ihrem Debattenbeitrag, der sich mit den Leistungen der städtischen Kindertagesheime beschäftigte. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten und eine Flexibilisierung seien beim derzeit gegebenen budgetären Spielraum und aufgrund des bildungspolitischen und sozialpädagogischen Auftrages der städtischen Kindertagesheime nicht realisierbare Forderungen. Es müsse gewährleistet bleiben, daß der Kindergarten eine familienergänzende, aber keine familienersetzende Funktion habe. Weder die Verlängerung der Öffnungszeiten, noch eine flexiblere Handhabung derselben seien kindgemäß und pädagogisch vertretbar. Die Staffelung der Elternbeiträge bis hin zum Nulltarif schließe soziale Härten aus, sagte Jerabek, die vorgeschriebenen Gruppengrößen in den Wiener Kindergärten seien nicht mit der tatsächlichen Zahl der anwesenden Kinder ident. Gegen die Kritik an der Einführung von Halbtagsgruppen sagte Jerabek, man entspreche damit den Bedürfnissen von derzeit 3.000 Kindern, die halbtägig in Ganztagsgruppen untergebracht seien. 1988 würden weitere vier, 1989 weitere zehn Kindertagesheime eröffnet, von „Rationalisierung“ und Sozialabbau könne in diesem Zusammenhang also keine Rede sein.

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) würdigte die Bemühungen von Stadtschulratspräsident Matzenauer um eine Objektivierung der Postenvergabe, vor allem der leitenden Funktionen, im Schuldienst. Dennoch blieben noch Wünsche offen. Es könnte beispielsweise ein Punktesystem wie in Oberösterreich eingeführt werden. Gintersdorfer beleuchtete die Überlegungen, die seine Fraktion im Parlament bewogen habe, die 11. SchOG-Novelle schließlich in dritter Lesung abzulehnen. Das Realgymnasium erfülle den bildungspolitischen Auftrag nicht und führe Darstellende Geometrie als einzigen wirklich formenbildenden Pflichtgegenstand nur mehr als Freifach.

GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) gab zu bedenken, ob der Rückgang der Schülerzahlen Ausdruck einer gewissen Kinderfeindlichkeit in Österreich sein könnte. Auch mangelnde Partnerschaft in der Ehe könnte dies begründen. Haushaltsführung und Kindererziehung durch die Väter würden noch vielfach diskriminiert. Die von der ÖVP favorisierte Neue Hauptschule sei in Wien von Anfang an „zum Tode verurteilt“ worden. Hier sei daher ein Ansturm auf die AHS erfolgt. Daraus resultiere ein ständig sinkendes Leistungsniveau, und es werde der Weg zur Gesamtschule ebnet. An Stadtrat Smejkal wandte sich Rauch-Kallat mit den Fragen nach einem Konzept für die Hauptschulen und nach Prognosen über die Schülerentwicklung in der Zukunft. Abschließend kritisierte die Gemeinderätin den baulichen Zustand des Konservatoriums, insbesondere der Ballettschule, und forderte eine rasche Behebung der Mängel.

Sozialphilosophische Überlegungen zur Wiener Sozialpolitik stellte GR. KÖNIG (SPÖ) an: Die konservative Wende in der Sozialpolitik sei in den Köpfen vieler Österreicher bereits vollzogen. Dem radikalkonservativen „Marktwirtschafts-Enthusiasmus“ und dem gemäßigt konservativem „Subsidiaritätsprinzip“ stellte er das sozialdemokratische „Solidaritätsprinzip“ gegenüber. König warnte vor der „Neuen Ehrenamtlichkeit“ in den sozialen Dienstleistungen, die bedeuten würde, daß die Hauptlast der sozialen Fürsorge Frauen durch unbezahlte Arbeit zu tragen hätten. Die Verantwortung für die Schwächeren müsse gesetzlich geregelt sein und dürfe sich nicht in Mildtätigkeit erschöpfen.

Das Programm der Stadt Wien zur Integration von Behinderten sei erfolg-

Forts. von Blatt 1234

Forts. auf Blatt 1236

reich gewesen, erklärte König, und habe deshalb auch zu einem Mehrbedarf im Budget geführt. Mit diesem Geld seien Behindertenwohnplätze, geschützte Arbeitsplätze und Beschäftigungstherapieprogramme finanziert worden.

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ) wies Vorwürfe zurück, sie habe auf das Problem der „Kinder vom Karlsplatz“ nicht adäquat reagiert. Durch den sofortigen Einsatz zusätzlicher Sozialarbeiter habe man einige Betroffene von der Straße wegbekommen. Einige haben Beschäftigung beim Stadtgartenamt gefunden.

Jugendarbeit sei mühsam und könne nur langfristig Erfolge zeigen, meinte Smejkal, und müsse daher auch in ihren langfristigen Auswirkungen bewertet werden.

Das von GR. Rauch-Kallat urgierte Konzept für die Hauptschulen sei bereits in Vorbereitung. Ein großes Problem stelle dabei die falsche Einstellung vieler Eltern dar, für die die AHS die einzig akzeptable Schulform sei. In diesem Konzept müsse auch die Ganztagschule einen Platz haben, da sie von vielen Eltern gewünscht werde. Die Raumnot des Konservatoriums sei seit längerem bekannt. Durch die Anmietung eines Stockwerkes werde sich die Situation bald bessern.

#### **Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst**

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) meinte, die Sicherung der Nahversorgung dürfe kein Schlagwort bleiben. In diesem Sinne urgierte sie ein Konzept für die Nahversorgung. Die Wiener Märkte, so Kariotis, haben nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sie hätten auch einen hohen kulturellen Stellenwert im lokalen Kolorit. In den alten Ortskernen könnten sinnvolle Märkte gedeihen, und die Frage der Gründung neuer Märkte soll in Zusammenarbeit mit Bezirksparlamenten geregelt werden.

Zum Komplex Frauenfragen, sagte Kariotis, hätten sich bisher mit Ausnahme der Befestigung eines Türschildes für die Frauenservicestelle kein Aktivitäten feststellen lassen.

GR. Rosemarie WALLNER (ÖVP) befaßte sich mit der, wie sie sagte, oft schwierigen Situation der Marktpächter. Die Marktgebühren seien in den letzten zwei Jahren um sieben Prozent gestiegen. Andererseits hätte sich gerade am Blumengroßmarkt die Privatinitiative der Pächter, etwa durch die Abfuhr der Abfälle in Eigenregie, bewährt. Die Märkte sind ein wesentlicher Beitrag zur Nahversorgung, sie bieten frische Waren, Qualitätsprodukte, und wirken preisregulierend. Es fehle aber ein echtes Werbekonzept für die Wiener Märkte mit Bedarfs- und Verbrauchsanalysen.

GR. Edith LAHL (SPÖ) wies auf die Entsorgungsprobleme durch Verpackungsmüll hin. Hier zahle der Konsument zweimal, beim Einkauf und für die Entsorgung für einen Bestandteil der Ware, den er eigentlich nicht brauche. Lahl forderte in diesem Zusammenhang auch eine Vereinheitlichung der Flaschen und damit eine Verbesserung der Rückgabemöglichkeiten sowie generell bundeseinheitliche Lösungen zur Abfallvermeidung in diesem Bereich. Die Stadt Wien habe bereits bei der getrennten Müllsammlung und der Wiederverwertung von Rohstoffen große Erfolge erzielt. Schließlich wies die Rednerin auch auf die Probleme der Hundehaltung in der Stadt hin und erwähnte in diesem Zusammenhang das von der verstorbenen Stadträtin Friederike Seidl initiierte Tierschutzgesetz als positive Grundlage für das Zusammenleben von Mensch und Tier in Wien.

Frauenfragen zu einem gesellschaftspolitischen Anliegen werden zu lassen, sagte GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ), sei das Ziel eines Teils der Arbeit in der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Frauenfragen seien in allen Bereichen der Kommunalpolitik zu diskutieren. Die Frauenservicestelle habe seit Dezember 1987 658 Klientinnen verzeichnet. Häufigstes Problem sei die Gewalt in der

Forts. von Blatt 1235

Forts. auf Blatt 1237

Familie. Die Einführung geschlechtsbezogener Amtstitel bedeute ein sichtbares Zeichen für die Bemühungen, Probleme von Frauen im gesellschaftlichen Bewußtsein deutlicher darzustellen.

Stadtrat Christine SCHIRMER (SPÖ) stellte fest, es obliege der Privatinitiative, zur Attraktivierung der Märkte beizutragen. Sie werde dafür stets ein offenes Ohr haben und begrüßenswerte Initiativen unterstützen. Die Offenheit gegenüber privaten Initiativen werde unter anderem auch dadurch dokumentiert, daß es in ihrer Geschäftsgruppe ein Büro für Bürgerinitiativen gibt.

Schirmer verwies auf den seit kurzer Zeit bestehenden Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal, der vielleicht teilweise noch steril wirke, doch müßten die Beteiligten den richtigen Weg für eine Belebung des Donaukanalbereiches finden. Derzeit werde an einer Studie gearbeitet, wie weit umweltfreundliche Produkte bei der Stadt Wien verwendet werden können, auch wenn sie im Augenblick teurer sind. Doch würden sich jetzt höhere Kosten bei der Entsorgung amortisieren. Abschließend würdigte Christine Schirmer als neue Stadträtin die Tätigkeit der ihr unterstehenden Dienststellen und erklärte unter anderem, daß bei den Staatsbürgerschaftsverleihungen heuer erstmals Einbürgerungsfeiern abgehalten und Lenkerprüfungen von zunehmend mehr Frauen abgenommen werden.

### Personal

GR. Mag. KABAS (FPÖ) forderte den neuen Stadtrat Swoboda auf, jetzt ein Versprechen einzulösen, das er noch als Klubobmann gegeben habe: nämlich Mechanismen zur Kontrolle öffentlicher Auftragsvergaben einzuführen, damit „Skandale wie bei der Stadionrenovierung“ in Zukunft verhindert werden. Ebenso forderte er die Einführung eines „stimmengerechten Verhältniswahlrechtes“. Einem Wahlrecht für Ausländer stehe er skeptisch gegenüber, erklärte Kabas. Österreich besitze ein liberales Staatsbürgerrecht, wer sich mit diesem Land identifiziere, könne innerhalb von zehn Jahren die Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht erwerben. Das Ausländerwahlrecht löse die wirklichen Probleme der Ausländer nicht, sondern bringe im Gegenteil eine neuerliche Diskriminierung, da es auf Bezirkswahlen beschränkt bleibe.

Abschließend forderte Kabas Swoboda auf, eine „tragfähige Objektivierung“ bei der Besetzung öffentlicher Posten in Angriff zu nehmen.

GR. DALLER (ÖVP) verwies darauf, daß der Personalstand der Stadt Wien gegenüber dem Dienstpostenplan mit mehr als 1.000 Bediensteten überbesetzt sei. Welchen Sinn habe dann die Erstellung eines Dienstpostenplanes, fragte Daller. Besonders kritisierte er, daß der Personalstand in der Magistratsdirektion um 15 Prozent über dem Plan liege. Die Volkspartei verlange zwar keinen Personalabbau, habe aber Vorbehalte gegen die Personalvermehrung.

Die Situation der Wiener Wirtschaft und die Lage am Arbeitsmarkt seien besorgniserregend. Die Prognosen für Wien seien auch für die Zukunft düster. Daller unterstrich die Forderung der ÖVP nach einem Gesetz zur Objektivierung für Personalaufnahmen und Beförderungen innerhalb der Stadtverwaltung. Dazu zähle auch die öffentliche Bekanntgabe aller freien Stellen.

GR. STEIER (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Stadt Wien als Arbeitgeber hin. Dabei bemerkte Steier, daß nur 10 Prozent der Beschäftigten unmittelbar in der Verwaltung tätig seien. Zur Arbeitszeitverkürzung sagte Steier, daß diese in Abstimmung mit der Wirtschaft und mit anderen Ländern möglich sein müsse. Steier wies darauf hin, daß Wien nunmehr mit 740.000 unselbständig Beschäftigten den höchsten Prozentsatz Beschäftigter, gemessen an der Anzahl der Bevölkerung habe, den es je gegeben hat. Zur Frage des Wahlrechts der Gastarbeiter sagte er, daß dieses zu prüfen sei:

Forts. von Blatt 1236

Forts. auf Blatt 1238

Man sollte auch diese an den demokratischen Willensbildungen teilnehmen lassen. Sorge bereite ihm der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie, im besonderen in der Metall- und Textilindustrie. Für die Zukunft sei generell eine verstärkte Betonung des technischen Sektors vor allem auch in der Ausbildung notwendig.

Als Wünsche an die Verwaltung deponierte Steier eine permanente Verwaltungsreform und vermehrte Eigenkompetenz und Eigeninitiative für die Beamten.

Die Anforderungen an die Stadt Wien werden immer größer, sagte GR. RIEPL (SPÖ), weil der „mündige Bürger“ die Bürgerdienste und Serviceleistungen der Stadt Wien in immer größerem Ausmaß in Anspruch nehme. Man müsse die Frage der Arbeitszeit sachlich und ruhig diskutieren und den Bediensteten der Stadt Wien für ihre verständnisvolle Haltung bezüglich der budgetären Erfordernisse dankbar sein.

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) bekannte sich zu einer wirksamen begleitenden Kontrolle, meinte aber, man solle nicht unbedingt bestehende Institutionen mit neuen Aufgaben überfrachten. Er könne sich eher die Befassung eines Referates in der Baudirektion vorstellen. Hinsichtlich eines neuen Wiener Wahlrechtes sagte Swoboda, es wäre sinnvoller, eine Veränderung auf der Bundesebene abzuwarten und dann in Wien entsprechende Anpassungen vorzunehmen als jetzt eine Novelle zu beschließen und dann vor der nächsten Wahl schon wieder eine neue zu formulieren.

Ein Ausländerwahlrecht wäre etwa auf Bezirksebene vorstellbar, doch wären damit wohl noch nicht alle Probleme einer Diskriminierung gelöst. Immerhin würde dies jedoch eine Verbesserung der Situation bedeuten. Swoboda hofft dabei auf ein möglichst gemeinsames Vorgehen aller drei im Gemeinderat vertretenen Fraktionen.

Eine Arbeitszeitverkürzung bei der Stadt Wien hält Swoboda aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation für nicht rasch verwirklichtbar.

Was die Objektivierung von Postenvergaben betrifft, erinnerte der Personalstadtrat daran, daß sie nach der derzeitigen Regelung etwa dann problematisch werden kann, wenn soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen. Bei einer Überschreitung der Dienstposten, die von der ÖVP kritisiert worden war, müsse unter anderem berücksichtigt werden, daß die Stadt Wien 260 Behinderte beschäftigt. Swoboda bekannte sich dazu, deren Zahl weiter aufzustocken. Überdies habe es Personalvermehrungen im Bereich des Jugendamtes und in der Spitalsverwaltung gegeben. Der SPÖ gehe es bei der Vergabe von Dienstposten um die Qualifikation der Mitarbeiter. Sie sei an effizienter, guter und objektiver Verwaltung interessiert, denn nur diese würde von den Bürgern anerkannt.

Die Gemeinderatssitzung wurde um 23.20 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag früh fortgesetzt. (Schluß) red